

„Der Countdown für die europäische Wirtschafts-und Währungsunion hat begonnen" in Die Welt (11. Februar 1971)

Legende: Am 11. Februar 1971 berichtet die deutsche Tageszeitung Die Welt über die Beschlüsse, die am Tag zuvor in Brüssel vom Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zur Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft verabschiedet wurden. In mehreren Artikeln kommentiert die Tageszeitung die Reaktionen auf den Werner-Bericht.

Quelle: Die Welt. Unabhängige Tageszeitung. 11.02.1971. Hamburg. "Der Countdown für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion hat begonnen".

Archives familiales Pierre Werner, Luxembourg.

Urheberrecht: (c) Die Welt

URL:

http://www.cvce.eu/obj/der_countdown_fur_die_europaische_wirtschafts_und_wahrungsunion_hat_begonnen_in_die_welt_11_februar_1971-de-17eb6575-5bb5-4387-bac7-8c5cf5ae18f3.html

Publication date: 13/01/2014

Der Countdown für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion hat begonnen

Von unseren Korrespondenten

R. H./Wff. Brüssel, 10. Februar

Der „Countdown“ für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion hat schon begonnen. Im Hochgefühl der überraschend schnellen Einigung hat der EWG-Ministerrat seine jetzt in Brüssel beschlossene Vereinbarung rückwirkend zum 1. Januar 1971 in Kraft gesetzt.

„Ich will nicht übertreiben, aber es war ein guter Tag für Europa.“ Mit diesen Worten eröffnete Staatssekretär Johann Baptist Schöllhorn eine Pressekonferenz am Ende der zehntägigen Ministerratssitzung über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion. Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller war schon vorher wegen eines dringenden Termins nach Deutschland zurückgefliegen. Aber er hatte die Szene nicht verlassen, es erkennbar geworden war, daß Europa die Hoffnung auf die Union doch nicht aufzugeben braucht, wie es noch nach dem ersten Anlauf am 14. Dezember geschehen hatte.

Eine Wirtschafts- und Währungsunion ist für das Europa der Sechszehn, später vielleicht der Zehn, eine lebenswichtige Frage. Denn bisher war die EWG nur beim Abbau der Binnenzölle und auf dem Feld der Agrarpolitik dem Ziel eines gemeinsamen Binnenmarktes näher gekommen. Als im Jahre 1969 der Franc abgewertet und die D-Mark aufgewertet wurden, war deutlich geworden, daß auch die gemeinsame Agrarpolitik scheitern mußte, wenn sie nicht im Gleichschritt durch eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik unterstützt wird.

Da eine Reihe von Agrarpreisen in europäischen Rechnungseinheiten, den sogenannten „grünen Dollars“ ausgedrückt wurde, hätte die Abwertung des Francs automatisch Mehrerlöse für die französischen Bauern, die Aufwertung der Mark automatisch Mindereinnahmen für deutsche Bauern gebracht. Um das zu verhindern, wurde für Frank-

reich an seinen Grenzen ein umfangreiches Ausgleichssystem in Kraft gesetzt. Die deutschen Bauern wurden durch Zahlungen aus den Haushalten Bonn und Brüssels entschädigt. Im Endeffekt lief der für Frankreich notwendig gewordene Ausgleichsmechanismus auf eine Störung des freien Verkehrs mit Agrargütern innerhalb der Gemeinschaft hinaus.

Eine Wirtschafts- und Währungsunion würde solche Vorgänge unmöglich machen. Denn am Ende eines etwa zehnjährigen Prozesses stünde eine europäische Einheitswährung, die in allen Ländern der Gemeinschaft Zahlungsmittel wäre. Selbst wenn dieser letzte Schritt zur Einheitswährung unterließe, ließen sich die gleichen Wirkungen dadurch erzielen, daß Kurschwankungen zwischen den Mitgliedswährungen Mark, Franc, Lira und Gulden ausgeschlossen wären. Die einzelnen Währungen wären dann nur nationale Ausprägungen der Einheitswährung. Das Austauschverhältnis zwischen ihnen wäre unwiderruflich festgelegt. Auf- und Abwertungen innerhalb der Gemeinschaft wären dann ausgeschlossen.

Der Sinn einer Wirtschafts- und Währungsunion würde jedermann einleuchten, der aus einem Land Europas

ins andere reisen muß. Die Kontrollen an den Grenzen, die jetzt noch wegen unterschiedlicher Steuersätze notwendig sind, obwohl die Binnenzölle schon abgeschafft wurden, würden in einer Wirtschafts- und Währungsunion verschwinden. Denn eines ihrer wichtigsten Merkmale ist der freie Verkehr von Personen, Gütern, Diensten und Kapital. Es würde dann keine Rolle mehr spielen, ob ein Anleger seine Aktien in Frankfurt, Paris, Rom, Amsterdam oder Brüssel kauft.

Dieser erstrebenswerte Zustand soll nach der Entscheidung des Rats in zwei Etappen erreicht werden. Die erste soll von 1971 bis Ende 1973 dauern und ist als Auftakt gedacht. Während dieser Zeit soll vor allem die Währungspolitik den Zielen der Gemeinschaft dienstbar gemacht werden. Gleichzeitig soll aber durch stärkere Kooperation auf dem Feld der Wirtschaftspolitik dafür gesorgt werden, daß nicht wieder, wie gegenwärtig in der Agrarpolitik, ein Bereich auf der Straße der Integration zu weit vorprescht.

Die zweite Stufe soll, wenn die entsprechenden Entscheidungen rechtzeitig fallen, von 1974 bis 1980 dauern. In dieser Periode soll der gemeinschaftliche Charakter der Wirtschafts- und Wä-

hrungspolitik verstärkt werden. Das kann auf der Basis des Vertrags von Rom geschehen. Der Rat hat aber vorgesehen, daß dies auch, wenn nötig, durch Ergänzungen oder gar durch Änderungen des Vertrags möglich sein soll. Während die Fortschritte in der ersten Stufe allein im Rahmen des Vertrags geplant sind, würden Fortschritte in der zweiten Stufe von den Befugnissen abhängen, die den alten Gemeinschaftsorganen oder gegebenenfalls neuen, wie etwa einem einheitlichen Zentralbankensystem, übertragen werden. Die gemeinschaftliche Politik soll durch das europäische Parlament kontrolliert werden.

Im einzelnen sind in der ersten Stufe folgende Maßnahmen geplant:

1. Der Ministerrat wird dreimal im Jahr zu Konsultationen über die Konjunktur- und Haushaltspolitik zusammenkommen. Dabei wird das Ziel, eine Stabilitäts- und Wachstumsgemeinschaft zu errichten, Grundlage sein.
2. Die Instrumente der Wirtschaftspolitik sollen einander schrittweise angeglichen werden. Bisher gilt es in den einzelnen Ländern sehr verschiedene Instrumente.
3. Steuern, die für den Kapital- und Warenverkehr wichtig sind, sollen vereinheitlicht werden. Dazu gehört insbesondere die Bemessungsgrundlage und der Satz der Mehrwertsteuer.
4. Der gemeinsame Kapitalmarkt soll von allen bisher noch bestehenden Hemmnissen befreit werden.
5. Regional- und strukturpolitische Maßnahmen sollen Spannungen bei der Entwicklung zur Union mildern. Gedacht ist an die weniger entwickelten europäischen Randgebiete wie Süditalien.
6. Die Zentralbanken sollen ihre Geld- und Kreditpolitik abstimmen. Das läuft insbesondere auf eine Zinspolitik im Gleichschritt hinaus.
7. In der Währungspolitik gegenüber der Außenwelt sollen einheitliche Standpunkte vertreten werden. Es geht dabei um die Einstellung zum Dollar. Sollte der internationale Währungsfonds zulassen, daß Wechselkurse beweglicher sein dürfen als gegenwärtig, würde die Union von dieser Möglichkeit nur im Verhältnis zur Außenwelt Gebrauch machen. Das liefe auf eine permanente Aufwertung der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar hinaus. Spekulative Wellen heißen Geldes würden dann nicht entstehen.
8. Die Kurschwankungen zwischen den Mitgliedswährungen sollen jedoch durch ein System der Zusammenarbeit der Zentralbanken versuchsweise verkleinert werden. Das ist ein notwendiger Schritt in Richtung auf eine europäische Einheitswährung.
9. Bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten können Mitgliedsländer auf einen gemeinsamen finanziellen Beistand zurückgreifen. Die zur Verfügung stehende Gesamtsumme beträgt zwei Milliarden Dollar. Die Bundesrepublik hat dazu 600 Millionen Dollar beizutragen.
10. Gegebenenfalls wird ein gemeinsamer Devisenausgleichsfonds geschaffen. Seine Errichtung ist an bestimmte Bedingungen geknüpft. Da die Deutsche Bundesbank in Europa die höchsten Gold- und Devisenreserven besitzt, sind die anderen Partner an dieser Bestimmung besonders interessiert.
11. Die begrenzten Kurschwankungen zwischen den Mitgliedswährungen, der mittelfristige Beistand, und der Devisenausgleichsfonds laufen fünf Jahre nach dem Beginn der ersten Stufe aus, wenn der Rat nicht rechtzeitig den Übergang zur zweiten Stufe beschließt. Auf diese „Vorsichtsklausel“ drängte die Delegation der Bundesrepublik.

Malfatti nennt Brüsseler Ergebnis historisch

Wff. Brüssel, 10. Februar

Als eine Entscheidung von historischer Bedeutung hat der Präsident der EWG-Kommission, Franco Malfatti, am Mittwoch vor dem Europa-Parlament in Straßburg das Ergebnis der Brüsseler Ministerratstagung bezeichnet.

Malfatti, der gleichzeitig den Jahresbericht der Kommission und die Schwerpunkte des Programms für dieses Jahr vorlegte, sagte zur Entscheidung über den Ausbau der Gemeinschaft zu einer Wirtschafts- und Währungsunion, in einem bedeutenden historischen Augenblick des europäischen Bauwerks habe sich wieder einmal die politische Wirksamkeit des dialektischen Spiels zwischen den Institutionen und der grundlegenden neuartigen Funktion der Kommission erwiesen.

Eine derart weitreichende Option und eine Entscheidung solcher Bedeutung für die Zukunft der Bevölkerung und der Länder der Gemeinschaft, wie sie der Ratsbeschluss von Brüssel beinhaltet, habe es, so sagte Malfatti, seit der Ausarbeitung des Vertrages von Rom nicht mehr gegeben.

Als wichtigste Elemente für das Leben der Sechsergemeinschaft in diesem Jahr bezeichnete Malfatti die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien, die ersten Schritte zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Beziehungen der EWG zur Außenwelt.

Die Kommission plant für 1972 eine Konferenz über „die Industrie und die Gesellschaft in der europäischen Gemeinschaft“. Sie erwartet davon einen umfassenden Gedankenaustausch zwischen Regierungen, Gewerkschaften und Berufsverbänden über zweckmäßigste Maßnahmen zur Angleichung der industriellen Entwicklung an soziale und regionale Bedürfnisse und zur Verbesserung des Lebensstandards. Die gemeinsame Forschung müsse über den Nuklearbereich hinausgehen und Probleme allgemeinen Interesses wie Umwelthygiene und öffentliche Verkehrsmittel einbeziehen.

Die Kommission werde, so sagte Malfatti, die Verpflichtung für 1971 in einen Gesamtzusammenhang mit den Aussichten für das kommende Jahrzehnt stellen, nach einem klaren politischen Plan von ihrem Vorschlags- und Initiativrecht Gebrauch machen und zu verhindern trachten, daß der entscheidende Prozeß durch ein Übermaß an Technizität und sektoraler Zersplitterung verwässert oder erstickt werde.

Auch die Einigung besänftigt britische EWG-Gegner nicht

Kr. London, 10. Februar

In London ist die Einigung der sechs EWG-Mitglieder über die Wirtschafts- und Währungsunion mit Befriedigung aufgenommen worden. Offiziell heißt es, die britische Regierung unterstütze die wirtschaftliche und monetäre Integration der Gemeinschaft und begrüße den in Brüssel erzielten Fortschritt. Da sich die Sechszehn über diesem internen Problem befreit haben, so glaubt man, könnten sie sich nun stärker auf die Beitrittsverhandlungen konzentrieren.

Die Regierung erklärte stets, daß sie bezüglich der Wirtschafts- und Währungsunion „so schnell und so weit gehen werde, wie die Sechszehn dazu bereit seien. Dabei hatten die Briten allerdings auch ständig die Sorge, daß man in Brüssel schon über die Endphase der Union definitive Entscheidungen fassen könnte, die die nationale Souveränität empfindlich einschränken würden. Nun hat die Regierung die Möglichkeit, diesem Argument in der britischen EWG-Debatte wichtigen Element etwas entgegenzusetzen. Die erste Drei-Jahres-Phase der Wirtschafts- und Währungsunion, so heißt es zu den Brüsseler Beschlüssen, stelle für Großbritannien überhaupt kein Problem dar. Eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Währung könne England in Anbetracht seiner wirtschaftlichen Lage und der Position des Pfundes nur nützen. Die Regierung geht davon aus, daß Großbritannien EWG-Mitglied wird, wenn Entscheidungen über die weitere Entwicklung der Union anstehen. Dann könne auch London an der Formung dieser Politik mitwirken.

Entschlossene Beitrittsgegner, die den Souveränitätsverzicht für die wichtigste Konsequenz des britischen Eintritts in die EWG halten, wird der Brüsseler Kompromiß kaum besänftigen. Der rechtsextreme konservative Abgeordnete Enoch Powell wird seine Anti-EWG-Kampagne jetzt ins Ausland tragen. Am Freitag wird er vor Unternehmern in Lyon sprechen und seine Rede in Französisch halten. Im März spricht er deutsch vor einem Auditorium in Frankfurt und im Mai trägt er seine Argumente in Rom italienisch vor.

Zu den Reiseplänen Powells meinte ein Beamter des Außenministeriums: „Mr. Powell trübt sich mit seinen Sprachkenntnissen.“ Powell werde es nicht gelingen, im Ausland einen Schatten auf die Haltung der Regierung zu werfen. In Regierungskreisen verheißt man jedoch nicht die Sorge über die Aktivität der EWG-Gegner. Nun hat sich auch der frühere Führer der Liberalen, Jo Grimond, vom EWG-Gedanken abgesetzt.

Paris befriedigt über Abstriche an Bonner Position

J. Sch. Paris, 10. Februar

Die wichtigste Konsequenz der in Brüssel erzielten Kompromißlösung ist nach Auffassung französischer Regierungskreise die zunehmende Eigenständigkeit der europäischen Währungspolitik gegenüber Washington.

Denn die im Verhältnis zum Dollar angestrebte größere Flexibilität der EWG-Wechselkurse soll nach der Einigung vom Dienstag auch dann nicht reversibel sein, wenn sich die Regierungen der Mitgliedsstaaten in drei Jahren nicht über den Übergang zur zweiten Stufe einigen können.

Dadurch ist, wie man in Paris meint, die auf deutschen Wunsch in den Stufenplan eingeführte „Vorsichtsklausel“ wesentlich entschärft worden. Selbst wenn nämlich die Beseitigung der Schwankungsbreiten der EWG-Währungen wieder rückgängig gemacht werden sollte, könne sich die Gemeinschaft künftig wesentlich besser vor der amerikanischen Inflation schützen.

Demgegenüber erscheinen französischen Regierungsvertretern die verhältnismäßig vage formulierten Zugeständnisse an europäische supranationale Institutionen durchaus vertretbar zu sein. Es handele sich dabei außerdem erst um Fernziele, über deren näheren Inhalt noch ausgiebig verhandelt werden müßte, heißt es.

Man verheißt in Paris nicht die Befriedigung darüber, daß die Bundesregierung ganz erhebliche Abstriche von ihrer früheren Position gemacht hat. Andererseits wird darauf hingewiesen, daß die Durchführung der Brüsseler Beschlüsse über die schrittweise Verwirklichung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion noch viele Schwierigkeiten in sich birgt.

In der französischen Presse wird der Brüsseler Kompromiß allgemein als sehr wesentlicher Fortschritt bezeichnet. Für die Wirtschaftszeitung „Les Echos“ beispielsweise ist er das wichtigste europäische Ereignis seit der Unterzeichnung der Römer Verträge. Denn dadurch, so schreibt das Blatt, erhalte Europa eine „echte Persönlichkeit“.

Der französische Außenminister Maurice Schumann bezeichnete das Ergebnis von Brüssel als „äußerst wichtig“. „Politischer Wille, ergänzt durch pragmatische Methode, hat einen neuen Erfolg errungen“, sagte der Minister. Er äußerte sich auch optimistisch über die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien. Die Skeptiker, meinte er, die einen Fehlschlag der Brüsseler Verhandlungen prophezeit hatten, würden sehen, daß sie auch im Falle der Beitrittsverhandlungen irren.

Colombo: Das ist ein ermutigender Erfolg

F. M. Rom, 10. Februar

Die Einigung im EWG-Ministerrat über die schrittweise Errichtung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wird in Regierungskreisen Italiens mit großer Befriedigung begrüßt. Ministerpräsident Colombo, einer der entschiedensten und geduldigsten Vorkämpfer Italiens für den Zusammenschluß Europas, erklärte: „Eines der europäischen Ziele, die vor 15 Monaten im Haag abgesteckt wurden, ist erreicht. Das ist ein ermutigender Erfolg.“

Italien habe seinen „geduligen und entscheidenden Beitrag“ zu dieser positiver Entwicklung geleistet.